
2316/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 24.02.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Peter Weidinger, Ulrike Fischer, Carina Reiter, Barbara Neßler**, Kolleginnen und Kollegen

betreffend „**Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen**“

BEGRÜNDUNG

Jungen Menschen hat die Pandemie zugesetzt: Laut einer Studie der Donau-Universität Krems kämpft mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen in Österreich mit depressiven Symptomen, 60 Prozent haben Essstörungen, 47 Prozent leiden unter Schlafstörungen, 16 Prozent haben wiederholt Suizidgedanken.

Im Bereich der Ernährung haben sich die bereits vorhandenen Probleme noch verschärft: Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie, die unter mehr als 700 Klagenfurter VolksschülerInnen durchgeführt wurde, stieg der Anteil an stark übergewichtigen StudienteilnehmerInnen zwischen September 2019 und März 2021 von 20,7 % auf 26,2 %.¹ Generell gelten in Österreich insgesamt circa 250.000 Kinder und Jugendliche als übergewichtig. Daher braucht es für die Prävention dieser starken Zunahme von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen ein Gesamtkonzept, welches alle Aspekte der Verhaltens- und Verhältnissebenen adressiert. Aber nicht nur Gewichtszunahmen, sondern auch verstärktes Auftreten von Essstörungen wurde von Ärzten während der letzten Monate festgestellt. Essstörungen nehmen auch als Folge der vermehrten psychischen Belastung aufgrund der Covid19-Pandemie zu. Daher braucht es für die starke Zunahme von Übergewicht, Adipositas und Essstörungen ein Gesamtkonzept, das die Verhaltensweisen analysiert.

¹ *Jarnig/Jaunig/van Poppel*, Radomized Controlled Trial JAMA Netw Open 2021 Aug 2;4(8):e2121675. doi: 10.1001/jamanetworkopen.2021.21675. Association of COVID-19 Mitigation Measures With Changes in Cardiorespiratory Fitness and Body Mass Index Among Children Aged 7 to 10 Years in Austria.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die Bundesregierung hat darauf bereits reagiert und vor kurzem ein mit 13 Millionen Euro dotiertes - mit den großen Berufsverbänden der Psycholog/innen und der Psychotherapeut/innen erarbeitetes - Maßnahmenpaket gegen die psychosozialen Folgen der Corona-Krise für Kinder und Jugendliche vorgestellt. 12,2 Millionen werden dabei in das Projekt "Gesund aus der Krise" fließen, die anderen 800.000 Euro werden zur Förderung junger Frauen und Mädchen an Frauengesundheitszentren gehen.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Regierungsprogramm zum Ziel gesetzt, einen besonderen Fokus auf die Gesundheit junger Menschen zu legen. So sollen unter anderem präventive Maßnahmen gestärkt werden. Derzeit fehlt in Österreich ein Gesamtkonzept für die Prävention von Übergewicht, Adipositas und Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen und deren Versorgung. Ein solches Konzept müsste auch das gesamte Spektrum von der Primärversorgung bis zur spezialisierten Versorgung in Tertiärzentren abbilden.

Das Gesamtkonzept, das auf die Vielzahl von Faktoren, wie zum Beispiel das Ernährungsverhalten und die Ernährungskompetenz von Kindern, Jugendlichen und Eltern, das Verpflegungsangebot in Kindergärten und Schulen, Bewegungsverhalten und Bewegungsmöglichkeiten, Bildung und der sozioökonomische Status der Eltern eingeht, müsste in einem „Nationalen Aktionsplan gegen Übergewicht, Adipositas und Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen“ erfolgen und konkrete Maßnahmen zur Eindämmung dieser Probleme bei Kindern und Jugendlichen erarbeiten. Weiter bedarf es Maßnahmen für ein optimiertes Zusammenwirken zwischen Ärzten und Eltern, um so die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen in Österreich zu verbessern.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird ersucht einen „Nationalen Aktionsplan gegen Übergewicht, Adipositas und Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen“ zu erstellen und dem Nationalrat zuzuleiten. Dadurch soll auch gezielt dem Anstieg an Übergewicht und Adipositas sowie von Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen entgegengewirkt werden. Zudem ist der Mutter-Kind-Pass zum Eltern-Kind-Pass bis zum 18. Lebensjahr weiterzuentwickeln. Im neuen Eltern-Kind-Pass sollen unter Einbindung der Länder und der Sozialversicherung etwa im Rahmen der Zielsteuerung Gesundheit standardisierte und qualitätsgesicherte Screenings zur psychischen Gesundheit, Ernährung und sozialer Kompetenz sowie ein Maßnahmenpaket zur individuellen Früherkennung und Prophylaxe einschließlich gesunder Ernährung enthalten sein und die Therapiemöglichkeiten

der verschiedenen stationären und ambulanten Akut- und Langzeitsettings ausgebaut und aufeinander abgestimmt werden.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Konsumentenschutz vorgeschlagen.